



Newsletter

Christian Piwarz

November/Dezember 2011

Neues aus dem Landtag

Oktober:

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Sachsen verbessern

Am ersten Plenartag hat der Landtag auf Antrag der Koalitionsfraktionen die Staatsregierung aufgefordert, ausländische Berufsabschlüsse leichter anzuerkennen. Ziel des gemeinsamen Antrags ist Sachsen für ausländische Qualifikationen zu öffnen, um auch in Zukunft wirtschaftlich stark aufgestellt zu sein. Schon heute haben viele sächsische Unternehmen Schwierigkeiten geeignete Fachkräfte zu finden. Zusätzlich wird die demographische Entwicklung den Fachkräftemangel in Sachsen weiter verschärfen. Um diese künftige Lücke schließen zu können, müssen vor allem gut qualifizierte Migranten besser angesprochen werden. Dabei üben viele bereits hier in Sachsen lebende hoch qualifizierte Migranten zum Teil berufliche Tätigkeiten aus, die weit unter der eigenen Qualifikation liegen. In Sachsen gibt es davon allein 10.000 Frauen und Männer. Um diese Situation zu verbessern, braucht es vor allem zügige Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse.



Mehr Männer für den Erzieherberuf in Sachsen gewinnen

Am ersten Plenartag haben sich die Fraktionen von CDU und FDP gemeinsam für mehr Männer im Erzieherberuf ausgesprochen. Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen wurde die Staatsregierung aufgefordert, für den Beruf als Erzieher stärker als bisher zu werben. Derzeit liegt der Anteil von männlichen Erziehern lediglich bei 3,3 Prozent. Doch gerade Kinder brauchen männliche und weibliche Vorbilder. Um mehr Männer für diesen Beruf zu gewinnen, sollen gemeinsam mit den Landkreisen, kreisfreien Städten und den Trägern von Kindertageseinrichtungen Netzwerke gebildet sowie Veranstaltungen durchgeführt werden. Für eine höhere Attraktivität ist Werbung allein nicht genug.

Neben der Verbesserung der Ausbildung von Erziehern können auch neue Umschulungsmaßnahmen, die Quereinsteigern einen leichteren Einstieg ermöglichen, die Attraktivität des Berufs für Männer erhöhen.

Gestaltung des demografischen Wandels in Deutschland – Sachsen ist Vorbild

Der zweite Plenartag begann mit einer aktuellen Debatte zum Thema „Gestaltung des demografischen Wandels in Deutschland – Sachsen ist Vorbild“. In der Landtagsdebatte betonte die CDU-Fraktion, dass es für die Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels keine einheitlichen Lösungen gibt. Dabei hat Sachsen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Projekte - wie beispielsweise dem Seniorenpartner in School Sachsen e. V. Dresden – bereits individuelle Angebote und Lösungen vor Ort geschaffen. (siehe Kasten) Neben den speziellen Angeboten müssen dennoch die richtigen Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels bestehen. Hier hat Sachsen dank seiner soliden Haushaltspolitik eine Grundlage geschaffen. Die Einnahmen und Ausgaben im sächsischen Haushalt sind ausgeglichen. Seit 2006 nimmt Sachsen keine neuen Schulden mehr auf, sondern zahlt bereits aufgenommene Schulden zurück. Mit dieser soliden Haushaltspolitik ist Sachsen gut für die Zukunft gerüstet und den nachfolgenden Generationen werden keine Schuldenberge hinterlassen

Der Seniorenpartner im School Sachsen e. V. bildet bei dem Projekt „Seniorenpartner in School (SiS)“ ältere Menschen zu Schulmediatoren aus. Anschließend arbeiten diese ehrenamtlich mindestens vier Wochenstunden an Grundschulen und helfen Schüler, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Dabei lernen die Jüngeren soziale Kompetenz und die Älteren finden ein Forum, in dem sie ihre Kompetenzen weitergeben und Anerkennung erfahren können.

„Jugendaustausch zwischen Sachsen und seinen europäischen Nachbarn ausbauen – Verständigung und Zusammenhalt fördern“

In einem gemeinsamen Antrag haben die Koalitionsfraktionen die Staatsregierung aufgefordert, die Jugendarbeit zwischen Sachsen, Polen und Tschechien zu intensivieren. Ziel des gemeinsamen Antrags ist die Verbesserung der Verständigung zwischen den europäischen Nachbarn und die Initiierung neuer gemeinsamer Projekte. Für die Verbesserung des Jugendaustauschs sollen vor allem Begegnungsstätten von historischer Bedeutung wie beispielsweise die Gedenkstätte für Widerstand und Opposition

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden

Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 49 62 525 542

www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

im 20. Jahrhundert in Kreisau (Polen) oder auch die Gedenkstätte Theresienstadt (Tschechische Republik) genutzt werden. Beide Einrichtungen leisten mit ihren Angeboten seit längerer Zeit einen wichtigen Beitrag für den europäischen Austausch. Dabei stärkt gerade die grenzüberschreitende Begegnung von Jugendlichen den Zusammenhalt innerhalb Europas und festigt internationale Partnerschaften. Der direkte Kontakt zwischen den Jugendlichen aus unterschiedlichen Nationen baut vor allem Vorurteile ab und schafft Raum für neue Freundschaften. Neben den bisherigen Angeboten sollen auch neue Austauschprojekte zwischen sächsischen und polnischen sowie sächsischen und tschechischen Schülern an historisch bedeutsamen Orten initiiert werden.

November:

Landtag sendet gemeinsames Signal gegen Rechtsterrorismus

Am ersten Plenartag haben sich die Landtagsfraktionen von CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/ Grüne und Linke in einem gemeinsamen Entschließungsantrag mit Abscheu zu den Taten der rechtsextremen Mörder geäußert und Mitgefühl und Beileid für die Hinterbliebenen ausgesprochen. Weiterhin forderte der Landtag dazu auf, alles zu tun, um die begangenen Straftaten, die Hintergründe des Trios, deren Umfeld und vor allem deren Unterstützerkreis lückenlos aufzuklären. Der Landtag appellierte auch an die Bundesregierung, eingehend zu prüfen, ob ein neuer Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren genommen wird.

In der dazu gehörigen Debatte – die mit einer Schweigeminute für die Opfer begann – machte Fraktionsvorsitzender Steffen Flath für die CDU deutlich, dass es zunächst darum gehen müsse, alle Fakten auf den Tisch zu bekommen. Erst danach sei die Möglichkeit gekommen, Schuldzuweisungen vorzunehmen

Termine meiner Bürgersprechstunden:

Montag, 9.01.2012
von 16:00 bis 18:00 Uhr
in der Verwaltungsstelle Weißig

Montag, 30.01.2012,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Ortsamt Leuben

oder parteipolitisch gefärbte Schlussfolgerungen vorzunehmen. Dies richtete sich vor allem an die Adresse der Linken, die bereits voreilig die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz forderten, und dabei in einer merkwürdigen Allianz mit der NPD argumentierten. Flath machte aber auch deutlich, dass mit der NPD die geistigen Wegbereiter der Tattaten im Landtag sitzen und es nur schwer erträglich ist, dass sie ihre Strukturen mit öffentlichen Geldern finanzieren können. Es werde jede Möglichkeit genutzt, um ein NPD-Verbot zu erreichen. Schon allein aus dem Grund, um die staatliche Finanzierung für rechtsextreme Strukturen zu kappen.

Den Entschließungsantrag finden Sie auf meiner Website unter <http://www.christian-piwarz.de/2011/11/30/neues-aus-dem-landtag-november/>

Arbeit der Familienhebammen stärken – Chancen für Kinder nutzen

Durch einen gemeinsamen Antrag haben die Koalitionsfraktionen die Bedeutung der Familienhebammen für den präventiven Kinderschutz hervorgehoben. So fordern beide Fraktionen in ihrem Antrag die Staatsregierung auf, sich gegenüber dem Bund für den stärkeren Einsatz von Familienhebammen einzusetzen. Auf Bundesebene wird derzeit über die Ausdehnung der Hebammenarbeit diskutiert. Diese Ausweitung darf aber nicht zu Lasten der originären Hebammenarbeit führen.

Durch den gemeinsamen Antrag sollen auch die Landkreise in Sachsen für den Einsatz von Familienhebammen sensibilisiert werden. In einigen Landkreisen, wie beispielsweise Plauen, arbeiten bereits Familienhebammen.

Der Einsatz von Familienhebammen findet im Rahmen des sächsischen Handlungskonzepts für präventiven Kinderschutz statt. Zur Unterstützung der Familienhebammen wird das Bundesfamilienministerium mit einer Bundesinitiative von 2012 bis 2016 jährlich 30 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen soll die zeitliche Befristung der Übernahme der Kosten auf vier Jahre angehoben werden.

Familienhebammen sind Hebammen mit einer zusätzlichen Qualifizierung in dem Bereich der psychosozialen Betreuung, Begleitung und Beratung von Familien mit erhöhtem Unterstützungsbedarf. Sie unterstützen Frauen und oftmals auch deren Familien im Vor- und Nachfeld der Geburt, um eine gesunde Entwicklung der Kinder zu fördern.

Dezember:

CDU-Fraktion setzt sich für Korrekturen bei Plänen zur EU-Agrarreform ein

Der erste Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung des Landwirtschaftsministers Frank Kupfer zum Thema „Agrarpolitik zwischen Brüssel und Sachsen – Weiterentwicklung nach 2013“. In der Debatte äußerte die CDU-Fraktion erheblichen Korrekturbedarf an den Plänen der Europäischen Kommission zur Ausgestaltung der Agrarpolitik nach 2013.

Eine Vielzahl der von der Europäischen Union geplanten Änderungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik sind in der Steuerungswirkung bedenklich und erzeugen bei den Landwirten und den staatlichen Stellen lediglich größeren bürokratischen Aufwand. Obergrenzen der Direktzahlungen lehnt die CDU ab. Eine europaweit einheitliche Festlegung eines Arbeitskraftfaktors ist wegen der verschiedenen Modelle der Erfassung von Arbeitskräften und der weit gefächerten Betriebs- und Eigentumsformen unmöglich.

Dies gelte ebenso für die Einführung des so genannten „Greening“, welches die Einhaltung von zusätzlichen Umweltauflagen



als Voraussetzung für die Direktzahlungen fordert. Für die in Sachsen umweltgerecht produzierenden Landwirte ist dies kein unlösbares Problem, jedoch bedeutet das „Greening“ für die staatlichen Stellen mehr bürokratischen Aufwand durch zusätzliche Kontrollen.

Grünes Licht für Stuttgart 21- Lehren aus dem Volksentscheid ziehen

Am ersten Plenartag haben sich die Koalitionsfraktionen in einer von ihnen beantragten aktuellen Debatte über den Volksentscheid in Baden-Württemberg zum Neubau des Stuttgarter Bahnhofes für eine stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großprojekten ausgesprochen. Gleichzeitig zeigten sie sich erleichtert, dass der Volksentscheid gezeigt habe, dass infrastrukturelle Großprojekte auch weiterhin mit dem Willen der Bevölkerung umsetzbar sind. Gerade von den Grünen forderten sie eine Akzeptanz von Bürgerentscheiden ein. Die Reaktionen auf die Entscheide in Dresden zu A17 und Waldschlößchenbrücke lassen da Anderes befürchten.

Die CDU-Fraktion betonte in Diskussion, dass Gewalt kein Mittel der Auseinandersetzung in der Demokratie und Bürgerbeteiligung eine wichtige Säule im Rechtsstaat ist. In erster Linie muss es vor allem ein Umdenken bei Planungsverfahren für Großprojekte geben. Die Bürger müssen frühzeitig informiert und in die Planung von Infrastrukturprojekten eingebunden werden. Nur dadurch wird im Planungsverfahren genügend Offenheit und Transparenz geschaffen und die Chancen für die Realisierung eines Großprojektes verbessert. Dies muss zugleich für die beteiligten Unternehmen gelten, damit die Voraussetzungen für einen offenen und transparenten Dialog zwischen Bürger, Politik und Wirtschaft gegeben sind.

CDU-Fraktion setzt sich für den Bergbau in Sachsen ein

In der aktuellen Debatte des zweiten Plenartages hat sich die CDU-Fraktion für die weitere Unterstützung des Bergbaus im Freistaat Sachsen ausgesprochen. In der Diskussion bekannte sich die CDU-Fraktion klar zur heimischen Braunkohle und betonte, dass Sachsen eine lange Tradition im Bergbau hat.

Derzeit machen die stark steigenden Rohstoffpreise die vorhandenen Bodenschätze im Erzgebirge und in der Lausitz wirtschaftlich interessant. Von Interesse für die Produzenten sind dabei Rohstoffe wie Zink, Zinn, Wolfram, Kupfer, Fluss- und Schwespat – aber auch seltene Metalle wie Molybdän, Lithium oder Indium.

Für die wirtschaftliche Nutzung der heimischen Rohstoffe ist die hervorragend ausgebaute sächsische Infrastruktur sehr hilfreich. So hat Sachsen seine Bodenschätze bereits ausführlich erkundet und kartographiert. Durch diese Voraussetzungen ist eine effektive Förderung der heimischen Bodenschätze möglich

und viele Arbeitsplätze können in Sachsen geschaffen werden. Beispielsweise lernen seit 2005 wieder junge Menschen den Beruf des Berg- und Maschinenmanns.

Am Rande des Plenums: Investitionsprogramm für Kommunen

Die sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte erhalten 2012 zusätzlich 21 Millionen Euro für Investitionen in die Infrastruktur. Das Geld stammt aus den Steuermehreinnahmen des Freistaates Sachsen für dieses und nächstes Jahr, die sich aus der jüngsten Prognose des Finanzministeriums ergeben. Die Verteilung der Mittel wird an die Bevölkerungszahlen gekoppelt. Dadurch hat beispielsweise die Stadt Dresden knapp 2,6 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

Das gesamte Investitionsprogramm muss noch in einem Gesetzespaket verabschiedet werden, das bereits von den Koalitionsfraktionen vorbereitet wird und im Januar 2012 vom Landtag beschlossen werden soll.

Bundesfreiwilligendienst in Sachsen

Seit dem 1. Juli 2011 gibt es den Bundesfreiwilligendienst (BFD). Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde auch der Zivildienst ausgesetzt. Für beide gilt nun das Gebot der Freiwilligkeit. Um den Wegfall der Zivildstellen zu kompensieren, hat das Bundesfamilienministerium den Bundesfreiwilligendienst aus der Taufe gehoben.

Dies ging ohne Zweifel sehr schnell und stellte die Träger und Freiwilligen vor große Herausforderungen. 35.000 Stellen stehen bundesweit für Freiwillige zur Verfügung; 24.000 davon sind bislang besetzt. Noch eine weitere Zahl: Im Bereich der Über-27-Jährigen, die den BFD wahrnehmen, ist Sachsen Spitzenreiter mit mehr als doppelt so viel besetzten Stellen wie im Bundesdurchschnitt.

Mittlerweile ist auch die Frage nach dem Kindergeld geklärt. Für FSJ und FÖJ wird es seit dessen Einrichtung während des Freiwilligendienstes gezahlt; für den BFD war dies nicht von Anfang klar. Zwischenzeitlich sind die entsprechenden Änderungen im Bundeskindergeldgesetz von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden, sodass auch die BFD-ler unter 25 Jahren während ihres Freiwilligendienstes weiterhin Kindergeld ausgezahlt bekommen.

Mit dem im Plenum diskutierten Antrag haben die Koalitionsfraktionen CDU und FDP deutlich gemacht, welchen Stellenwert das freiwillige Engagement, sei es der Bundesfreiwilligendienst oder das Freiwillige Soziale/Ökologische Jahr, für sie hat und dass wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Freiwilligendienste in Sachsen ein Erfolg bleiben.